

# Tatsächliche Unterbringungskosten von „Flüchtlingen“ laut leistender Behörden



Von STRESEMANN | Seitens einiger Politiker, Medien und linker Sozialingenieure wird ja bekanntlich noch immer geglaubt, dass Kapital im Deutschland des 21. Jahrhunderts mittlerweile auf Bäumen wächst, blüht und gedeiht und jeden Oktober vom Baum regnet, die örtliche Stadtreinigung kommt, Rechen und Plastiktüte auspackt und die roten, braunen und gelben 10-, 50- und 200-Euro-Noten wie die Herbstblätter zu großen Haufen zusammenzieht, in Tüten füllt und sie zu den lokalen Sozialbehörden schickt.

Diese wiederum bestellen sich sämtliche Bittsteller und Sozialcamper vor die Türe, öffnen das Fenster zur Straße und schütten den Sack voller Knete über den Leuten aus wie Frau Holle, die ihre Betten ausschüttelt und weiße Flöckchen übers Land regnen lässt. Zudem nehme man ja niemandem etwas weg, so die Verantwortlichen in der Bundesregierung.

Diese hatte zuvor behauptet, 2016 seien durch Flüchtlinge Kosten von „lediglich“ 21,7 Milliarden Euro entstanden. Es braucht nicht mehr als einen mehr oder minder begabten Grundschüler, einen Zettel und einen Bleistift, um zu belegen, dass dies nicht stimmen kann.

Dieser blauäugigen Behauptung hält Hans-Werner Sinn, ehemaliger Präsident des IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung, entgegen, Deutschland würde Kosten von bis zu 450.000 € je Flüchtling tragen müssen, bis auch nur im Geringsten Aussicht auf Refinanzierung gegeben wäre, zum Beispiel durch von Flüchtlingen verrichtete Arbeit.

Die Annahmen, wie viele Flüchtlinge nach Deutschland kamen, unabhängig von der Dunkelziffer, schwanken. Zählt man die Bilanzen der Jahre 2014, 2015, 2016 und die bisherigen Zahlen des Jahres 2017 zusammen, käme man auf rund 1,7 Millionen Asylanträge bzw. theoretisch 1,7 Millionen Flüchtlinge. Würden diese 1,7 Millionen Flüchtlinge als Grundlage genommen und mit der mittelfristig zu erwartenden, anzunehmenden Kostenlast multipliziert, ergäbe dies eine Summe von rund 765 Milliarden Euro.

Der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen hält diese Zahl sogar noch für optimistisch, da diese davon ausginge, Flüchtlinge würden ausnahmslos so schnell in Arbeit gelangen, wie es bei anderen, besser gebildeten Einwanderern, zuvor gelang. Seiner Schätzung nach könnten die Kosten sogar auf bis zu 900 Milliarden Euro steigen.

Und wer behauptet, Flüchtlinge würden keine Kosten verursachen, die deutlich über dem liegen, was ein Bundesbürger, auch mit einer durchschnittlichen Leistungsbezugsdauer, an Ausgaben bedeutet, der sollte einmal einen Blick auf diese Erklärung einer nicht näher zu nennenden Sozialbehörde werfen, die die Kosten einer sechsköpfigen Bedarfsgemeinschaft mit Unterkunft und Vollverpflegung dem Steuerzahler in Rechnung stellt.

		Rechnungsdatum
2.	A	19.07
3.	H	01.06
4.	A	26.05
5.	R	10.09
6.	H	01.07
		10.09

Sehr geehrte Damen und Herren,

die oben genannten Personen waren zum Kostensatz 58,98 EUR mit Vollverpflegung für den Abrechnungszeitraum vom 01. bis 31. , 31 Tage in der Einrichtung des str. 4, 65 untergebracht.

Für die Dauer der Unterbringung werden 10.970,28 EUR in Rechnung gestellt.

Die Kosten für Unterbringung und Verpflegung sind bis zu 14 Werktagen, einzeln unter Angabe des entsprechenden Verwendungszwecks zu überweisen an:

Landeshauptkasse  
str. 5  
1 9

Postbank  
IBAN: DE 1001 00 00 05 00  
BIC: EFF 00

Verwendungszweck für Leistungen Unterbringung:

Verwendungszweck für Leistungen Verpflegung:

Mit freundlichen Grüßen

### Unterbringungskosten.

Diese Kosten beziehen sich übrigens auf einen einzigen Monat dieses Jahres und dürften sich damit innerhalb eines Jahres, unveränderte Umstände vorausgesetzt, auf stolze 130.000 € erhöhen.

Die Kosten für Verwaltung, Sondergüter, Krankenversicherung, Sicherheitspersonal, Transport, rechtliche Abwicklung und verursachte Kriminalität, sind hier noch nicht enthalten.